

STADTENTWICKLUNG

## Arbeitsgemeinschaft: Bauprojekte auf Kindertauglichkeit testen

Die "Offene Kinder und Jugendarbeit" fordert für Kinder gleiche Rechte wie für Beißschrecken



Informeller Spielplatz: die Fläche hinter dem Edeka-Markt in Freiburg-Tiengen.  
Foto: Ingo Schneider

Freiburg wächst und wächst – und immer mehr freie Flächen werden zugebaut. Dadurch verlieren auch Kinder und Jugendliche Möglichkeiten zum Spielen. Dieser Aspekt werde bei neuen Bauprojekten bislang viel zu wenig berücksichtigt, kritisiert die Arbeitsgemeinschaft "Offene Kinder- und Jugendarbeit" (AG OKJA). Sie schlägt eine automatische Untersuchung vor, ähnlich wie bei Umweltverträglichkeitsprüfungen. Die Stadtverwaltung möchte die Vorwürfe so nicht stehen lassen: Kinder und Jugendliche würden in den Planungen gesehen.

Die Arbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein Zusammenschluss aller Kinder- und Jugendeinrichtungen in Freiburg, den es seit 2010 gibt. In dieser Zeit, so berichtet der Vorsitzende Christian Himmelsbach, hätten die Beschwerden der Mitarbeiter massiv zugenommen. Sie beklagten, dass durch neue Bauprojekte Flächen für Kinder und Jugendliche wegfielen. Dabei gehe es nicht nur um offizielle Spielplätze oder Sportflächen. Sondern vor allem um informelle Treffpunkte, etwa ein Rasenstück, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten und spielen könnten, erklärt Himmelsbach. Dieses zwanglose Beisammensein sei für die Entwicklung extrem wichtig.

**Wir hecheln**

**immer hinterher**

Beispiele für den schleichenden Prozess kann Himmelsbach zuhauf nennen – vom geplanten Bauprojekten im Stadtteil Weingarten, wo Wiesen und Spielflächen wegfielen, bis zur Erweiterung des Edeka-Markts im Ortsteil Tiengen, wo ein Streetballfeld, ein Skaterplatz mit Minirampe und ein vom Kinder- und Teenietreff genutzter Rasen betroffen seien. "Das Thema steht in fast jedem Stadtteil auf der Tagesordnung der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen", sagt Himmelsbach. Von den Bauprojekten erfahre die AG OKJA jedoch immer erst, wenn die Planungen

bereits begonnen wurden: "Wir hecheln dadurch immer hinterher." Deshalb fordert die AG, dass bei zukünftigen Planungen die Einrichtungen automatisch gefragt werden, ob Kinder und Jugendliche betroffen sind oder nicht. Dabei gehe es der Arbeitsgemeinschaft gar nicht darum, die Bauprojekte zu verhindern, betont Himmelsbach. Er findet jedoch, dass Kinder und Jugendliche genauso behandelt werden sollten wie die Umwelt oder der Denkmalschutz. "Was für die Beißschrecke geht, muss für Kinder und Jugendliche auch möglich sein", sagt Himmelsbach.

Dass Kinder und Jugendlichen zu wenig bei Planungen bedacht werden: Diesen Vorwurf möchte die

Stadtverwaltung so nicht stehen lassen. Grün- und Freiflächen seien als Aufenthaltsort für Kinder und Jugendliche "von essentieller Bedeutung", sagt Rathaussprecherin Eva Amann. Die Belange von Kindern und Jugendlichen würden bereits jetzt bei jedem Bebauungsplan oder bei sonstigen Bauvorhaben geprüft. Dazu gäben die involvierten Ämter – vom Amt für Kinder, Jugend und Familien bis hin zum Stadtplanungsamt – jeweils ihre Einschätzung ab. Außerdem würden Kinder und Jugendliche bei Beteiligungsprozessen wie den "Stadtteileitlinien" gehört, beim Projekt "Stadtteildetektive" nähmen Kinder ihr Quartier selbst unter die Lupe, und seit Februar gebe es auch einen Kinderbeirat.

"Die Stadtverwaltung macht viel, aber sie könnte noch mehr tun": Das ist die Meinung von Sebastian Müller, Stadtrat von Junges Freiburg. Bei dem Thema gehe es jedoch nicht nur um planerische Aspekte, vielmehr stecke ein gesamtgesellschaftliches Problem dahinter, meint Müller. Kinder und Jugendliche gehörten im Vergleich zu früher nicht mehr so selbstverständlich dazu, kreischende Kinder würden leicht als störend empfunden, Jugendliche sowieso. Auch bei manchen Gemeinderatsfraktionen spielten die Belange von Kindern und Jugendlichen offenbar keine so große Rolle mehr, kritisiert Müller. So hätten etwa die Freien Wähler in den vergangenen Wochen gleich zwei Mal vorgeschlagen, Aufenthaltsflächen für Kinder und Jugendliche wegfällen zu lassen: Am Schulhof des Goethe-Gymnasiums in der Innenstadt und am Spielplatz an der Colmarerstraße im Stadtteil Stühlinger.

Das stimme jedoch so nicht, kontert Freie Wähler-Stadtrat Johannes Gröger. Selbstverständlich habe seine Fraktion kein Interesse daran, Kindern und Jugendlichen Aufenthaltsflächen wegzunehmen. Beim Goethegymnasium hätte die Fraktion lediglich auf die Wünsche der Einzelhändler reagiert, während der Bauarbeiten am Rotteckring mehr Parkmöglichkeiten zu schaffen. Und der Spielplatz im Stühlinger sei ihm als eine Option für eine Spielstätte für die freie Tanz- und Theaterszene vorgekommen, sagt Gröger. Da habe er aber noch nicht gewusst, dass die gesamte Fläche als Spielplatz genutzt wird.

Autor: Jelka Louisa Beule